

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Witbelmstr. 17) bei C. F. Mier & Co. Breitestraße 14. in Bresen bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Danne & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenbank“.

Nr. 407.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 14. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Der König hat geruht: den Ersten Staatsanwalt Niech aus Hagen zum Geheimen Justiz-Rath und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium, und den Geheimen Justiz-Rath und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium Schmidt, zum Geheimen Ober-Justiz-Rath zu ernennen.

Der Rechtsanwalt von Hartmann in Hannover ist zum Notar für den Bezirk des königlichen Landgerichts zu Hannover mit Anweisung eines Wohnsitzes in Hannover ernannt worden.

Verstet sind: der Amtsgerichts-Rath Schmid in Danzig an das Amtsgericht I. in Berlin, der Amtsgerichts-Rath Jürgen in Ködnitz an das Amtsgericht in Puzium, der Amtsrichter Görlitz in Tarnowitz an das Amtsgericht in Kattowitz und der Amtsrichter Blume in Worbis an das Amtsgericht in Burg (Regierungsbezirk Magdeburg). In die Liste der Rechtsanwälte ist eingetragen: der Rechtsanwalt Scheuch in Bodenheim bei dem Ober-Landesgericht in Frankfurt a. M. Von der Wiederbesetzung der erledigten dritten Notarstelle in Jülich ist Abstand genommen. Der Amtsgerichts-Rath Dobillet in Tilsit, der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Raas in Köslin und der Rechtsanwalt und Notar Petersen in Elmshorn sind gestorben.

Der bisherige Regierungs-Baumeister Oscar Launer hieselbst ist zum königlichen Bauinspektor ernannt und demselben die technische Hilfsarbeiterstelle bei der königlichen Regierung zu Köslin verliehen worden.

Der Buchhalter, Lieutenant a. D. Linke ist zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator und der Diätarius Fechner zum Geheimen Sekretär bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden, die Kassenssekretäre Hausen und Tegge sind zu Buchhaltern, der Geheime Sekretär Labewig und der Diätar Rohwedder sind zu Kassenssekretären der Staatsschulden-Vilgungskasse, und der Stadgerichts-Akuarius und Diätar Lorenz ist zum expedirenden Sekretär bei der Kontrolle der Staatspapiere ernannt worden.

Vom Landtage.

23. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 12. Juni. 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Culenburg und Kommissarien.

Die Kommission für die kirchenpolitische Vorlage ist gewählt und hat sich konstituiert: Bessler (Vorsitzender), Graf zur Lippe (Stellvertreter), Dieze und Gache (Schriftführer), Graf v. Brühl, v. Winterfeld, Dr. Hülshner, Dr. Wever, Dr. Sulzer, Adams, Bürgers, Graf von Stolberg, v. Woyrsch, Graf v. d. Schulenburg-Angern, Graf von v. Wartenberg.

In der fortgesetzten Berathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung wird zunächst der Titel 3, Verfahren (§§ 41-62), in welchem Änderungen gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nicht beschlossen worden sind, auf Antrag des Referenten v. d. Osten en bloc genehmigt.

Im Titel IV, Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen (§§ 63-67) sind materielle Änderungen ebenfalls nicht beschlossen.

Referent Dasselbach schlägt vor, auch diesen Titel en bloc zu genehmigen. Die Kommission habe allerdings die Bestimmungen über die Einmünderung der Städte nicht gebilligt, allein sie hat sich nicht entschließen können, den betreffenden Paragraphen zu ändern, um die Differenzpunkte mit dem Abgeordnetenhaus nicht zu vernehren.

v. Malgahn spricht dem Minister den Dank dafür aus, daß er in seiner Vorlage Gelegenheit habe geben wollen, das privilegium solusum der Städte, eine besondere Gerichtsbarkeit zu haben, zu besprechen; Redner bedauert, daß das Abgeordnetenhaus einen solchen Gedanken abgewiesen habe.

Bessler (Düsseldorf) erklärt dagegen das Streben der Städte, sich von der Aufsicht des Landraths in noch größerem Maße, als es in dieser Vorlage geschehen, zu ermitteln, für durchaus berechtigt. Er will in Bezug von der Stellung diesbezüglicher Anträge im Interesse des Zusammenkommens des Gesetzes Abstand nehmen.

Tit. IV. (§§ 63-67) wird hierauf en bloc angenommen; ebenso ohne Debatte Tit. V. (§§ 68-71).

§ 74 giebt die Hafenpolizei dem Regierungspräsidenten resp. dem Oberpräsidenten.

Dr. Francke beantragt, dieselbe wieder wie in der Zeit vor Erlass des Kompetenzgesetzes den betreffenden Städten zu geben, da die Häfen meistens wichtige städtische Institutionen sind. Die Hafenpolizei soll nicht mit der gewöhnlichen Staatspolizei, sondern mit der Schiffahrtspolizei. Der Staatsbehörde verbleibe außerdem immer die Oberaufsicht über die lokale Hafenpolizei.

Minister Graf Culenburg bekräftigt diesen Antrag Francke, die Hafenpolizei keine Funktion der lokalen Polizei ist, denn die Häfen sind Einrichtungen für den internationalen Verkehr.

Dr. Francke wendet dagegen ein, daß der Zustand, wie er vor 1875 bestanden und welchen sein Antrag wiederherstellen will, zu keinen wesentlichen Mifständen Anlaß gegeben hat.

Minister Graf Culenburg behauptet, daß solche Mifstände in Nach Ablehnung des Antrages Francke wird § 74 unverändert angenommen; ebenso der Rest der Vorlage en bloc und das Gesetz im Ganzen.

Wegen der beschlossenen Änderungen muß das Gesetz nochmals im Abgeordnetenhaus verhandelt werden.

Es folgt die Berathung des Gesetzesentwurfes, betreffend Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsverfahren. Die Kommission des Herrenhauses hat nur zwei Änderungen an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vorgenommen.

In § 72 war bezüglich der Kosten bestimmt: „Dem unterliegenden Theile sind die Kosten und die baaren Auslagen des Verfahrens, soweit die erforderlichen baaren Auslagen des obliegenden Theiles zur Last zu legen, — die letzteren mit Einschluß der Gebühren, welche der obliegende Theil einem ihm vertretenden Rechtsanwalte für Wahrnehmung der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksverwaltungsgerichte oder dem Oberverwaltungsgerichte zu zahlen hat. An baaren Auslagen für die persönliche Wahrnehmung der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksverwaltungsgerichte und dem Oberverwaltungsgerichte

kann die obliegende Partei nicht mehr in Anspruch nehmen, als die gesetzlichen Gebühren eines sie vertretenden Rechtsanwaltes betragen haben würden, es sei denn, daß ihr persönliches Erscheinen von dem Gerichte für angemessen erachtet wird.

Im Uebrigem wird der Rest des Gesetzes ohne Änderung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen. Auch dieses Gesetz muß nochmals im Abgeordnetenhaus verhandelt werden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Gesetzesentwurf, betreffend die Uebertragung von Befugnissen, welche den Provinzialbehörden vorbehalten sind, auf die königlichen Eisenbahndirektionen, Gesetz, betreffend die Verwendung der an Preußen gelangenden Ueberflüsse aus Reichsteuern; Petitionen, Bericht der Matrifelkommission.)

Politische Uebersicht.

Posen, den 14. Juni.

Das Abgeordnetenhaus wird, wie jetzt feststeht, die zweite Berathung des Kirchengesetzes am Freitag den 18. d. M. beginnen. Da die Kommission die ganze Vorlage abgelehnt hat, so wird der Berathung die Regierungsvorlage zu Grunde gelegt werden müssen. Man glaubt, die zweite Berathung werde vier Tage in Anspruch nehmen; vielleicht läßt sich diese Zeit, nachdem die Kommission alle Fragen in gründlichster Weise erörtert hat, noch etwas abkürzen. Inzwischen ist dem Abgeordnetenhaus auch die Nothwendigkeit erwachsen, das Verwaltungsverordnungs-gesetz noch einmal in Berathung zu ziehen, nachdem das Herrenhaus dasselbe in zwei wichtigen Punkten abgeändert hat. Ein weiterer Gegenstand der Verhandlung wird die Interpellation Birchow über die Zollfrage sein. Jedenfalls wird das Ende des Monats nahe herankommen, ehe der Landtag geschlossen werden kann. — Im Herrenhause steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gesetzesentwurf über die Verwendung der Reichsüberschüsse. Die Budgetkommission hat beantragt, das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen. Man darf daher erwarten, daß wenigstens dieser dürftige Erfolg der Reichssteuerreform jetzt in Sicherheit gebracht wird.

Die „N. L. C.“ veröffentlicht eine Ansprache des Abg. v. Cuny an seine Wähler im Landtagswahlkreis Solingen-Lennep, welche als eine Rundgebung aus den Kreisen der national-liberalen Mitglieder der Kirchengesetz-Kommission im gegenwärtigen Augenblicke hohes Interesse beanspruchen darf. Der genannte Abgeordnete schreibt an seine Wähler:

„Im gegenwärtigen entscheidenden Augenblicke halte ich mich für verpflichtet, meinen Wählern gegenüber mich über die Stellung auszusprechen, welche ich zu der kirchenpolitischen Regierungsvorlage mit meinen national-liberalen Parteifreunden in der Kommission des Abgeordnetenhauses eingenommen habe und auch im Plenum einzunehmen beabsichtige.“

Die Vorbedingung für jede Verständigung mit der Staatsregierung ist, daß die Staatsregierung den Art. 4 der Vorlage fallen läßt. Dieser Art. 4 will bekanntlich ermöglichen, daß Bischöfe, welche durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amte entlassen worden sind, wieder als Bischöfe ihrer früheren Diöcese anerkannt werden. Das können wir National-liberalen nicht bewilligen; denn die Rückkehr eines von Staatswegen abgesetzten Bischofs in seine frühere Diöcese würde in den Augen der Bevölkerung eine schwere Niederlage des Staates sein; Jedermann würde sagen: Seht, die Kirche ist doch mächtiger, wie der König; der König hat nachgeben müssen, der Bischof kehrt zurück. Wir National-liberalen können und wollen die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen, daß der Staat eine solche Niederlage erleidet.

Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, Artikel 4 sei der einzige Weg, um in den betreffenden Diöcesen eine geordnete Bisthumsverwaltung wiederherzustellen. Es giebt noch zwei andere Wege; beide sind in früheren Zeiten (noch in diesem Jahrhundert) von Päpsten wirklich beschritten worden.

Der eine Weg ist der, daß der Papst einen Bisthumsverweser ernannt. Das kann der Papst thun, auch wenn er seinerseits an der Behauptung festhält, der vom Staate abgesetzte Bischof sei noch immer wirklicher Bischof. Die kölnen Wirren, vor 40 Jahren, sind dadurch geschlichtet worden, daß der Papst dem Erzbischof Droste zu Bischering einen Koadjutor und Administrator ernannte. Was der Papst der

damaligen preussischen Regierung bewilligte, sollte er das der jetztigen nicht bewilligen können?

Der andere Weg ist der, daß der Papst die abgesetzten Bischöfe bestimmt, auf ihre bisherigen Sitze zu verzichten. Auch das ist möglich, denn es ist schon früher geschehen. In dem Konkordate, welches Papst Pius VII. 1801 mit Napoleon Bonaparte, damaligem ersten Konful der französischen Republik, schloß, verpflichtete sich der Papst, die bisherigen Bischöfe zu ernennen, daß sie dem Frieden zwischen Kirche und Staat das Opfer bringen möchten, auf ihre Sitze zu verzichten. Einige jener alten Bischöfe weigerten sich; gleichwohl sind die betreffenden Bischofsstühle neu besetzt worden. Um die jetzigen Schwierigkeiten zu beseitigen, würde der Papst lange nicht so weit gehen brauchen, wie Pius VII. damals gegangen ist.

Der Artikel 4 ist also nicht nöthig, und er gefährdet das Ansehen des Staates. Die National-liberalen werden ihn daher nicht annehmen.

Im Schooße der unlängst wiederum versammelten Eisenacher Kirchenkonferenz, des einzigen gemeinsamen offiziellen Organs der evangelischen Landeskirchen Deutschlands, sind zwei Erscheinungen, wie man uns mittheilt, besonders deutlich zu Tage getreten. Erstens ein ausgeprägter partikularistischer Zug, insofern die kleineren Kirchenregierungen nichts geflüstert zurückweisen als jeden Anspruch der preussischen auf Leitung und Herrschaft. Lediglich aus diesem Grunde ist statt eines preussischen Mitgliedes das braunschweigische, Abt Ernesti aus Wolfenbüttel, früher schon zum Präsidenten erkoren worden. Die neueste Wendung in Berlin, welche bezeichnet wird durch eine exklusiv orthodoxe Generalsynode, die Verpflanzung zweier ähnlich gesinnter Hofprediger in den Oberkirchenrath und die Ersetzung Falk's durch Buttkeamer hat die heilige Scheu der Süd- und Mitteldeutschen vor preussischem Kirchenregiment noch namhaft erhöht. Mithin findet der die Gemeinschaft ablehnende bekannte Beschluß der nassauischen Landesynode hier volle Würdigung und Sympathie. Daneben aber erscheint zweitens bemerkenswerth, wie fast alle Kirchenregierungen heute übereinstimmend eine mißbilligende, abwehrende Front nach rechts hin ziehen. Nicht der Protestantismus macht ihnen Sorge, sondern das wüste Drängen der Eiferer im konservativen Lager. Ueber Herrn Stöcker's Agitationen hat man in Eisenach von den ihre Verantwortlichkeit empfindenden und ernst nehmenden Vertretern der evangelischen Kirchenregierungen, kaum Eine ausgenommen, ganz so herbe Urtheile vernehmen können, wie in der liberalen Tagespresse und es scheint sogar, daß aus diesem Kreise demnächst noch ein nachdrückliches, wenn auch zunächst nur individuelles Votum gegen solches selbstverliebene Apostolat hervorgehen soll. Allerdings war man in Eisenach jetzt so wenig wie früher vollzählig; glänzten früher einzelne freisinnigere Kirchenleitungen in den Kleinstaat durch Abwesenheit, so nun diejenigen von Baiern und Mecklenburg, die wie der Hagnenschei die Gespenster, die bloße Ankündigung schon der Zuziehung von Synodalbelegarten verscheucht hat. Baiern besitzt bekanntlich nur ziemlich machtlose Scheinsynoden, Mecklenburg gar keine. Indessen hat der nächste Erfolg in Altpreußen die Unschädlichkeit, ja Nützlichkeit der Synoden vom konservativen Standpunkt aus ja so glänzend belegt, daß man fast annehmen möchte, auch Herr Oberkirchenrath Kliefoth in Schwerin werde sich am Ende noch zum Glauben an sie bekehren, oder mindestens nicht länger etwas dawider haben, wenn so „treue“ Männer wie Herr v. Kleinfeld oder Superintendent Meinhold aus Kammin die viel „laueren“ Oberkirchenratsmitglieder v. d. Goltz und Schmidt künftig nach Eisenach begleiteten. Einstweilen hat die Konferenz den Werth, den sie auf nationale Vollzähligkeit legt, durch praktische Zurückziehung des früheren Beschlusses wegen einer Verstärkung durch Synodalvertreter bekundet. In der That dürfte die Vollzähligkeit zunächst das Wichtigste sein, damit doch der gesammte deutsche Protestantismus von den Vereinbarungen Gewinn habe.

In liberal-protestantischen Kreisen erregt eine Maßnahme des evangelischen Oberkirchenraths das größte Aufsehen. Im Jahre 1875 war bekanntlich der strengorthodoxe Pastor Meinhold in Kammin durch Disziplinarerkennnisse des Konsistoriums in Stettin und des Oberkirchenraths wegen Unbotmäßigkeit gegen seine vorgesetzten Behörden seines Amtes als Superintendent entsetzt worden. Die von Meinhold bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde gegen diese Erkenntnisse wurde verworfen, somit war Meinhold in allen Instanzen, die in Betracht kommen können, übereinstimmend wegen Unbotmäßigkeit zur Absetzung verurtheilt worden. Vor wenigen Tagen hat nun der Oberkirchenrath den Pastor Meinhold wieder zum Superintendentenverweser der Synode Kammin gemacht, nachdem er vorher das Konsistorium zu Stettin beauftragt hatte, unter Zuziehung des ausschließlich aus Meinholds Freunden und Gesinnungsgenossen bestehenden Provinzialsynodalvorstandes von Pommern darüber zu verhandeln, ob es möglich wäre, dem unbotmäßigen Geistlichen von Neuem die Verwaltung der Superintendentur zu übertragen. Das ist nun geschehen, und zwar, wie besonders hervorgehoben wird, ohne daß jene Disziplinarerkennnisse der königlichen Behörden auf dem Gnadenwege aufgehoben wären, die Meinhold für unfähig erklären, ein königliches Amt zu verwalten. Das Ganze fällt

um so mehr auf, wenn man bedenkt, wie derselbe Oberkirchenrath, der hier gegen einen orthodoxen Geistlichen so weitgehende Milde übt, gegen den liberalen Oberpfarrer Werner, dessen Amtsführung durchaus tadelfrei ist, nur auf Grund der Agitation einer verhältnißmäßig verschwindenden Minorität inquisitorisch vorgegangen ist. Der liberalen „Magdeb. Ztg.“ wird übrigens die Angelegenheit von Berlin aus ziemlich harmlos dargestellt. Dort lesen wir:

„Pastor Meinhold verlor seine kamminer Superintendentur zufolge mehrfacher Zerrwürfnisse mit seiner vorgelegten kirchlichen Behörde, die aber, ebenso wie der Oberkirchenrath, nie verkannt haben wird, daß Meinhold eine tüchtig pastorale Kraft ist. Eine derbe Natur, hat er vielfach angestoßen, und doch respektirte Jedermann an ihm die Zuverlässigkeit seines Charakters und die seltene Festigkeit seines Bekenntnisses. Die Kirchenbehörde, die gegen ihn einschritt, war durchaus in ihrem Recht; aber seine Gemeinde klammerte sich um so fester an ihn, in je mehr Bedrücknisse er kam. Die Superintendentur Kammin sollte neu besetzt werden, sie mußte indeß kommissarisch verwaltet werden, weil sich kein Ersatzmann für Meinhold fand; seine Amtsbrüder wünschten wohl lebhaft, er möchte die Superintendentur-Geschäfte wieder übernehmen. Schon war nun die Rede davon, in eine königliche Pfarrstelle des Sprengels einen Theologen von auswärtig zu berufen, dem dann die Meinhold'schen Geschäfte zu übertragen wären, als hier, beim ersten Zusammentritt des General-Synodalvorstandes, die Rede auf Meinhold's Verhalten kam und der Wunsch laut wurde, ihn zu rehabilitiren. Hierzu bot der Generalsuperintendent D. Brückner die Hand, also ein Mann, dem konfessionelle Engherzigkeit nicht vorworfen werden kann, der aber darauf bedacht ist, für die Kirche Alles zu gewinnen, was ihr Vortheile zu versprechen scheint. Und wie er bestrebt gewesen war, die Berufung Werner's zu bewirken, so war er der Fürsprecher Meinhold's, der, wie es heißt, Herrn Brückner geantwortet hat, er habe keinerlei rebellische Gedanken gegen das Kirchenregiment. Jedenfalls ist Kammin mit der „Rehabilitation“ einverstanden, und damit darf die Sache als gut beigelegt angesehen werden.“

Der Finanzminister Bitter wird, einer Meldung der „Alt. Anz.“ zufolge, mit mehreren Zolltechnikern im Laufe der Woche in Altona eintreffen, um sich über die zwischen Hamburg und Altona zu ziehende Zollgrenze von Sommersteg bis zur Gr. Gärtnerstraße und wie sie weiter laufen soll zu informiren. Gleichzeitig wird eine Prüfung darüber stattfinden, ob zwei- oder einreihige Pallisaden erforderlich sind und ob diese von Holz oder Eisen anzufertigen sind. Ferner wird darüber Bestimmung getroffen werden, wo Nebenzollämter errichtet werden sollen, und welche Grundstücke anzulassen sind u. dergl. m. Nach Feststellung dieser Punkte wird ein Kostenanschlag ausgearbeitet werden, welcher beim Landtage im Februar 1881 zur Vorlage gelangt. Nach erfolgter Bewilligung der Gelder, worauf mit dem Ankauf der Grundstücke vorgegangen und die Errichtung der Zollgrenze vorgenommen wird, wird immerhin noch ein Jahr vergehen bis die Einverleibung Altona's in den Zollverein zur Thatsache geworden sein wird.

Als die letzte Reichstagsession ihren Anfang nahm, hieß es von allen Seiten, das Gesetz über die Versorgung der Wittwen und Waisen der Reichsbeamten werde den Reichstag in allernächster Zeit beschließen und unter allen Umständen im Laufe der Session zum Abschluß gebracht werden. Die Vorlage ist nun bekanntlich gar nicht an den Reichstag und erst kurz vor dem Schluß der Session an den Bundesrath gelangt, welcher sie den vereinigten Ausschüssen für Justizwesen und Rechnungswesen überwiesen hat. Die erwähnten Ausschüsse haben jetzt die Vorlage durchberathen, eine ganze Reihe erheblicher Veränderungen zu derselben beschlossen und diese mit dem Antrag auf Zustimmung soeben dem Bundesrath unterbreitet. Die vorgeschlagenen Abänderungen betreffen vielfach nur die Redaction des Textes, bilden aber andererseits auch gewissermaßen Deklarationen der ursprünglichen Vorlage durch wichtige Erweiterungen. Beispielsweise soll nach den Ausschußanträgen die Verpflichtung zur Zahlung der Wittwen- und Waisenbeiträge erlöschen für den Beamten, welcher weder verheirathet ist, noch unverheirathete eheliche oder durch nachgefolgte Ehe legitimirte Kinder unter 18 Jahren besitzt, mit dem Zeitpunkte der Versorgung in den Ruhestand. Durch eine nach der Pensionirung geschlossene Ehe oder durch das Vorhandensein von Kindern aus einer solchen wird das Erlöschen der Verpflichtung nicht gehindert u. s. f. Die Ausführungsbestimmungen sind dem Reichskanzler überlassen, der Termin der Einführung des Gesetzes ist offen gelassen. — Zweifelloos wird das Plenum des Bundesraths vor dem Eintritt der Vertagung sich noch über die Angelegenheit schlüssig machen, so daß diese dann in der nächsten Session den Reichstag beschäftigen kann.

Die noch immer schnell fortschreitende Steigerung der Roggenpreise ist wohl geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse unseres Getreidemarktes zu lenken. Am 10. d. Mts. stellte sich an der Berliner Produktienbörse der Preis für inländischen Roggen, effektive Waare, auf 215—216 Mark per Tonne (20 Str.). Im Verlauf von zwei Monaten ist Roggen demnach um 40—50 Mk. und gegen die Preise, die zur gleichen Zeit des Vorjahres gezahlt wurden (ca. 125 Mk.), sogar um 90 Mk. gestiegen. „Der jetzige Preis drückt für unsere Bevölkerung bereits einen wahren Nothstand aus“, so urtheilt selbst ein schützländerisches Börsenblatt, der „Berliner Börsen-Courier“. Dabei ist wohl zu beachten, daß die Börsenspekulation mit dieser Preissteigerung gar nichts zu schaffen hat. Die zuverlässigsten Berichte besagen, daß der Preis durch den thatsächlichen Mangel an Waare in die Höhe getrieben wird. Die Läger in den Provinzen sind erschöpft, was in den Händen von Produzenten möglicherweise noch vorhanden ist, wird zurückgehalten, und da die Mühlen sich nicht mit Vorräthen versehen haben, so ist eine allgemeine Frage nach Waare vorhanden, die sich nicht befriedigen läßt. Wenn Waare so knapp ist, daß fast jede Forderung bewilligt wird, wie dies jetzt der Fall ist, so kann nur wirklich vorhandener Bedarf die Ursache sein. Bis jetzt liefert überdies Rußland leider nur sehr spärlich und alle Hoffnungen auf eine Verhinderung weiterer Vertheuerungen beruhen darauf, daß hierin bald eine Aenderung eintritt. Denn der Bedarf Deutschlands bis zur neuen Ernte ist noch bedeutend genug. Der neue Zoll ist bei diesen Vorgängen nicht allein durch Steigerung des Preises um den Zollbetrag, sondern weit

darüber hinaus von entschiedenem Einfluß gewesen; wie es scheint, hat er namentlich verhindert, daß rechtzeitig größere Beziehungen vom Auslande gemacht worden sind. Daß die Getreidepreise die Wirkung haben, größere Schwankungen in den Preisen zu veranlassen, als ohne Zölle eintreten würden, ist ja eine noch überall gemachte Erfahrung.

Großartig war der Empfang, den die Einwohnerschaft von Brünn dem Kaiser von Oesterreich am Donnerstag Abend bei seinem Einzuge in die mährische Landeshauptstadt bereitet hat. In Prag herrscht jetzt die Ruhe vor dem Sturme. Wann derselbe ausbrechen wird, das läßt sich heute allerdings nicht feststellen, allein er wird nicht ausbleiben und entweder bei der Verhandlung über die Wahlreform oder bei der Debatte über die Sprachenverordnung sich einstellen. Darauf deutet die Sprache der czechischen Blätter hin, die heute auf die Annahme der Wahlnovelle dringen, um eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen.

Aus Bosnien wird der neusager „Zastawa“ geschrieben, daß dort eine Deputation gebildet wird, welche unter der Führung der Mustaj Beg Jasli Paschies (Bürgermeister von Sarajewo), Hadzsi Imjo Baktijarevics, Selim Beg Dschinics aus Banjaluta u. A. die Absicht hat, zuerst in Wien und dann bei den Mächten um die Annexion Bosniens an Oesterreich-Ungarn zu bitten.

Ernest Daudet, das politische Fragezeichen des „Figaro“ in auswärtigen Angelegenheiten, hat herausgefunden, daß in der tunesischen Angelegenheit Deutschland den Brand zwischen Frankreich und Italien schürte. Denn der italienische Konsul in Tunis habe die Anwesenheit deutscher Offiziere dazu benutzt, um den Franzosen allenthalben sagen zu lassen, sie möchten sich nur ruhig halten, denn Deutschland träume von der Besetzung von Tunis. Das fehlte noch! Daudet wiederholt dabei die bekannte Ente, die während des Berliner Kongresses aufflog: Fürst Bismarck habe Frankreich die Vereinigung von Tunis mit Algerien nahegelegt.

Wann immer noch auf die Türkei gedrückt wurde, drückten sich die jeweiligen im Amte befindlichen Minister. So auch diesmal. An die Stelle von Said Pascha wurde Kadri Pascha zur Premierschaft und von diesem Abbedin Pascha in das Ministerium des Auswärtigen berufen. Fast sollte man meinen, daß mit diesem Personenwechsel auch ein gründlicher Wechsel des Regierungssystems bezweckt sei und der Sultan in Folge der ihm durch Goshen gemachten Vorstellungen nun wirklich erkannte habe, daß das Heil seines Landes einzig und allein in dessen Verwaltung durch Europäer liege. Kadri Pascha nämlich, ein Mann in den besten Jahren, der französisch und etwas englisch spricht, seit lange als ein Gegner des „kleinen Said“ und für einen Freund von Reformen gilt, hatte schon zur Zeit, als Ebdem Pascha Großvezier und er selber Finanzminister war, den Gedanken einer europäischen Verwaltungsbehörde im Bereiche der Zölle befürwortet und zugleich mit Ebdem Pascha dem Sultan die Lehre gepredigt, daß eine Regelung der Finanzen nur auf diesem Wege erzielt werden könne. Als Ebdem und mit ihm Kadri Pascha den Alttürken weichen mußten, war von derartigen „Umsturzplänen“ bekanntlich nicht wieder die Rede. Nun, da er an die Spitze der Geschäfte berufen wurde, werden wir wahrscheinlich den früheren Plan von neuem auftauchen sehen. Darauf deutet, außer der Vergangenheit Kadri Pascha's, auch die ohne Zweifel auf seine Anregung erfolgte Berufung Abbedin Pascha's in das Auswärtige Amt. Letzterer ist nämlich weder ein geschulter Diplomat, noch soll er von auswärtigen Angelegenheiten überhaupt irgendetwelche Kenntnisse besitzen. Dagegen erwarb er sich als mehrjähriger kaiserlicher Kommissar der Börse von Galata nicht nur Einsicht in die Finanzverhältnisse, sondern auch ausgedehnte Beziehungen zu den hervorragenden Banquiers und Finanzmännern der türkischen Hauptstadt. Dies und seine Kenntniß der französischen Sprache, die er neben der türkischen und griechischen geläufig spricht, mag wohl seine Hauptempfehlung für den neuen Posten gewesen sein, und wenn diese Voraussetzung sich bewähren sollte, dann dürfte auch die andere sich bewahrheiten, daß Kadri Pascha im Bunde mit Abbedin Pascha bemüht sein werde, der Einführung europäischer Elemente in die türkische Finanzverwaltung Bahn zu brechen. Leider nur ist damit nicht gesagt, daß ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden, oder daß ihnen auch nur die nöthige Zeit gegönnt sein wird, sich ihrer Aufgabe zu entledigen. Denn so rasch Sultane bei der Hand sind, ihre alten Minister mit neuen zu vertauschen, wenn sie dazu gedrängt werden, so rasch pflegen sie auch diesen wieder den Abschied zu geben, wenn es ihnen gelegen erscheint. Ein Ministerwechsel in der Türkei geht gewöhnlich Hand in Hand mit frommen Zusagen, ist in den meisten Fällen nicht mehr werth als diese. Mag somit die Entfernung Said Pascha's für den Augenblick immerhin als der Anfang einer erspriechlichen Wendung begrüßt werden, so sollte andererseits doch Niemand daraus den zuverlässiglichen Schluß ziehen, daß die Einsetzung einer internationalen Verwaltungs-Kommission schon so gut wie gesichert sei.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 13. Juni. [Die Verwaltungs-gesetze und Berlin. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die kirchenpolitische Vorlage.] Man kann das Bedauern der Berliner Abgeordneten über die Verschlechterung, welche die ohnehin ungünstige Stellung der Hauptstadt nach den neuen Verwaltungsgesetzen durch das Herrenhaus noch erfahren hat, als sehr berechtigt vollkommen theilen, und man wird dennoch wünschen müssen, daß die Erwartung der Vertreter Berlins, das Abgeordnetenhaus werde das Behörden-Organisationsgesetz unter diesen Umständen verwerfen, sich als Illusion erweise. Eine solche ist sie unserer Ansicht nach denn auch. Vielleicht ersucht das Abgeordnetenhaus nochmals, Abhilfe zu schaffen; aber wenn dies mißlingt, wird

die aus den Nationalliberalen und Konservativen bestehende Majorität, welche die Verwaltungsgesetze wegen ihrer großen Bedeutung für das ganze Land annahm, sie nicht im letzten Augenblicke darum scheitern lassen, weil das Herrenhaus für Berlin betreffs mancher Dinge, in denen der Polizeipräsident nicht durchaus unbefangene sein dürfte, ihn, und nicht den Oberpräsidenten, zur Entscheidung berufen hat. Man wird dann die Abstellung der Beschwerden Berlins auf einen dafür günstigen Zeitpunkt verschieben müssen. Uebrigens hat der Minister des Innern dem Oberbürgermeister von Berlin zugesichert, daß die k. Verordnung, welcher die Regelung einzelner Streitfragen der berliner Verwaltungs-Organisation überlassen ist, möglichst den Wünschen der Kommunalbehörden Rechnung tragen soll. — Wie wichtig es gegenüber noch fortwirkenden Traditionen aus der Zeit des „beschränkten Unterthanenverstandes“ ist, die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit auf den ganzen Staat auszudehnen — was es durch die beiden neuen Verwaltungsgesetze geschieht — das hat eine soeben vor dem Ober-Verwaltungsgericht zum Abschluß gekommene Affaire gezeigt, die ich schon früher, als sie vor dem Bezirksverwaltungsgericht von Berlin schwebte, erwähnte. Der hiesige Polizeipräsident hatte aus „patriotischen“ Gründen den Abjagerten einer ganzen Straße in der Nähe des auf dem Kreuzberge stehenden Denkmals der Befreiungskriege Beschränkungen betreffs der Bebauung ihrer Grundstücke auferlegt, damit — die Aussicht auf das Denkmal nicht beeinträchtigt werde! Den dadurch für die Besitzer des Terrains erwachsenden Schaden hätte die Stadt im Betrage von mehreren Millionen Mark ersetzen müssen. Obgleich das Berliner Bezirksverwaltungsgericht jene Verordnung unter sehr deutlicher Motivirung als rechtsungültig aufhob, suchte der Polizeipräsident sie vor dem Oberverwaltungsgericht aufrechtzuerhalten; dasselbe hat indeß dieser Tage das Erkenntniß des Berliner Bezirks-Verwaltungsgerichts lediglich bestätigt. Noch einige Jahre hoher Jurisdiktion der Verwaltungsgerichte, und die Bürokratie wird sich über die Grenzen ihrer Befugnisse nicht mehr so arg täuschen, wie es jetzt noch vielfach vorkommt. — Was die kirchenpolitische Vorlage angeht, so dauert die Ungewißheit fort: die „ältesten Leute“ unter den Parlamentariern wissen sich keines Falles zu erinnern, in welchem das Schicksal einer wichtigen Vorlage so durchaus unsicher gewesen wäre. Indes scheinen die Chancen für den besten Ausgang, die vollständige Verwerfung im Wachsen zu sein — obgleich sich gerade jetzt unsere frühere Vermuthung bestätigt, daß der vielberufene Bischofs-Paragraph doch vielleicht, trotz aller entgegenstehenden Versicherungen, Kompensations-Material werden könnte: sogar die „Kreuztg.“, welche im Vertrauen des Herrn v. Puttkamer stehen dürfte, bietet jenen Paragraphen jetzt den National-Liberalen als Preis des Kompromisses an! Aber einen solchen stehen die Hindernisse entgegen, welche vorgestern geschildert wurden. Bezeichnend für die herrschende Erregung ist es, daß man unter fortschrittlichen Abgeordneten die Frage erörtert hat, ob sich dem etwaigen klerikalen Manöver der Stimmenthaltung nicht dadurch entgegenzutreten ließe, daß die Liberalen in diesem Falle durch ihre Abwesenheit bei der Entscheidung unfähig gemacht werden. Der Gedanke beruht indeß auf dem Mißverständnis, daß das Zentrum beifolgt der Enthaltung sich aus der Sitzung entfernen würde; nur dann könnte das Verlassen des Saales auch seitens der Liberalen Beschlussumfähigkeit bewirken, während die Klerikalen, wenn sie nicht mitstimmten, doch jedenfalls amwesend sein würden.

Christiania, 9. Juni. Das weitaus wichtigste Ereigniß der Berichtswoche im skandinavischen Norden ist der von dem Führer der Linken des norwegischen Storthings, dem Storthings-Präsidenten und Vizepräsidenten Sverdrup eingebrachte Antrag, dem Beschluß des Storthings in Betreff der Theilnahme der Minister (Staatsräthe) an den Storthingsverhandlungen trotz der verweigerten königlichen Sanktion Gesetzeskraft zu verleihen. Der Antrag sollte bereits am letzten Freitag zur Verhandlung kommen, wurde aber erst vorgestern zur Berathung gestellt und die Verhandlungen nahmen sowohl den vorgestrigen wie gestrigen Tag in Anspruch, ohne zu einem Abschluß zu kommen. Nach bisherigen Debatten läßt sich noch nicht beurtheilen, wann die Entscheidung fallen wird. Die große Majorität des Storthings wie die des norwegischen Volkes und wünscht die Theilnahme der Minister an den Beratungen der Repräsentanten des Volkes, und hätte daher auch gern gesehen, daß die Regierung den bezüglichen Beschluß sanktionirte hätte. Der Sverdrup'sche Antrag findet dagegen nicht die allgemeine Zustimmung, da er voraussetzt, daß dem Könige welcher in gewöhnlichen Gesetzesbeschlüssen des Storthings ein suspensives Veto hat, in Grundgesetzbeschlüssen durchaus Veto zusteht, daß also das Storthing in Sachen des Grundgesetzes unumschränkte Gewalt hat. Es ist daher sehr fraglich, ob der Antrag die Majorität im Storthing erhält. Ganz abgesehen davon, daß ein größerer Theil derjenigen Mitglieder, die für den Beschluß des Storthings in Betreff der Staatsratsräthe Gelegenheit gestimmt hat, dem König in Grundgesetzangelegenheiten, also auch in der letzteren, das absolute Veto zuspricht, befürchtet man vielfach, selbst in den Kreisen der Linken des Storthings, schlimme Folgen von der Annahme des Sverdrup'schen Antrages, und in der That wären ja die Konsequenzen eines solchen Storthingsbeschlusses, wie Sverdrup und Genossen ihn wollen, unübersehbar. Man sieht daher der Entscheidung des Storthings in Norwegen mit fieberhafter Spannung entgegen. (Zwischenzeitlich wie bereits telegraphisch gemeldet, der Sverdrup'sche Antrag mit 74 gegen 40 Stimmen angenommen. D. Red.) (Offize.)

Locales und Provinzielles.

Bosen, 14. Juni.

r. [Oberpräsident Günther] ist am Sonnabend

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Juni. Wind: N. Wetter: Sehr heiß. Weizen per 1000 Kilo loco 210-240 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. - M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer - M. ab Bahn bez., per Juni 224-226 M. bez., per Juni-Juli 221-224 M. bez., per Juli-August 210-213 M. bez., per September-Oktober 204-206 M. bez., per Oktober-November - M. bez., per Novbr.-Dezember - bez., Gefündigt 6000 Zentner. Regulirungspreis 225 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 200-217 M. nach Dual gefordert, Russischer 205 a. B. bez., inländischer 211 M. ab Bahn bezahlt, Hochfein - M. a. B. bez., feiner - M. f. W. bez., per Juni 197-198 M. bez., per Juni-Juli 186-187 M. bez., per Juli-August 177-178 M. bez., per August-September - M. bez., per September-Oktober 171-172 M. bez., per Oktober-November - M. bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. bez., Gerste per 1000 Kilo loco 160-203 M. nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 155-175 M. nach Qualität gefordert, Russischer 151-156 M. bez., Pommerscher 170-173 bez., Böhmer 170-173 bez., Galizischer - bez., Schlesischer 170-173 bez., Böhmer 170-173 bez., Galizischer - bez., per Juni 160 bez., per Juni-Juli 158-159-158 M. bez., per Juli-August 155-156 M. bez., per August-September - M., per September-Oktober 148-149 M. Gefündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis 158 M. bez. - Erbsen per 1000 Kilo Roggenware 181-205 M. bez., Futterware 170-180 M. - Mais per 1000 Kilo loco 140 bis 145 M. bezahlt nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bezahlt, Amerikan. 140-151 M. a. R. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-31,00 M., 0: 30,50-29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. - Roggenmehl inclusive Sad, 0: 28,00-27,00 M.

0/1: 27,00-26,00 M. bez., per Juni 27,00 M. bez., per Juni-Juli 26,60-26,50 M. bez., per Juli-August 25,55-25,45 bez., per August-September - bez., per Septbr.-Oktober 24,85 - M. bez., per Oktober-November 24,60-24,70 bez., per November-Dezember 24,40-24,50 bez. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - bez. - Deffa at per 1000 Kilo Winterraps 170-205 M. S. D. - bez., N. D. - bez., Winterrapsen 160-168 M. S. D. - bez., N. D. - bez. - Kübbel per 100 Kilo loco ohne Fass 55,8 M., flüchtig - M., mit Fass 56,1 M., per Juni 56,0 M. bez., per Juni-Juli 55,8 M. bez., per Juli-August 56,2 M. bez., per August - M. bez., per Sept.-Oktober 57,3-57,1 M. bez., per Oktober-November 57,6-57,4 M. bez., per November-Dezember 57,9-57,7 M. bez. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - M. bez., Leinöl per 100 Kilo loco 64 M. bez., Petroleum per 100 Kilo loco 24,5 M. bez., per Juni 24,2 M. bez., per Juni-Juli - M., per Juli-August - M. bez., per September-Oktober 24,5 M. bez., per Oktober-November - bez. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - M. bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 65,2 - M. bez., per Juni 64,9-64,6-64,7 bez., per Juni-Juli 64,9-64,6-64,7 bez., per Juli-August 64,9-64,6-64,7 bez., per August-September 64,2-64,4-64,3 bez., per September-Oktober 59,6-59,7-59,6 bez., per Oktober-November - bez. Gefündigt 70,000 Liter. Regulirungspreis 64,8 M. bez. (B. B.-3.)

Bromberg, 12. Juni 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: unveränd. hellbunt 210-215, hochbunt u. glatt 215-224 abfall. Qual. 195-205 M. Roggen: fest und lebhaft gefragt, loco inländischer 193-200 M., polnischer 192-196 Mark. Gerste: unverändert, feine Brauw. 165-170, große 162-165, feine 160-162 M.

Hafer: fest, loco 165-170 M. Spiritus: fester, pro 100 Liter à 100 pSt. 62,50-63 M. Stettin, 12. Juni. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt. + 22 Grad N. Barometer 28,3. Wind: Ost. Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 214-222 M., weißer 218-224 M., per Juni 221,5 M. Gd., per Juni-Juli 219 M. nom., per Juli-August 210 M. Br., 209 M. Gd., per September-Oktober 204 M. Br. u. Gd. - Roggen matter, per 1000 Kilo loco inländischer 201-206 M., russischer 195-201 M. bez., per Juni 194,5-191,5 M. bez., per Juni-Juli 183-182 M. bez., per Juli-August 174,5-172 M. bez., per September-Oktober 168-167,5 per Oktober-November - M. bez. - Gerste ohne Angebot. - Hafer fest, per 1000 Kilo loco Pommerscher 154-158 M., Russischer 148 bis 154 M. - Erbsen ohne Handel. - Winterrapsen matter, per Oktober-November 263 M. bez., 261,5 M. Gd., per Oktober-November - M. - Kübbel geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., per Juni und per Juni-Juli 54,5 M. Br., per September-Oktober 57 M. bez., per Oktober-November 57 M. Br., per Juni u. Juni-Juli 64 M. bez., 63,9 Br. u. Gd., per Juli-August 64,2 M. Br. u. G., per August - M., per August-September 63,8 M. Br. u. G., per September-Oktober 58,5 M. Br. u. Gd. per Oktbr.-Novbr. - M. - Angemeldet: nichts. - Regulirungspreise: Weizen 221,5 M., Roggen 193 M., Kübbel 54,5 M., Spiritus 64 M. - Petroleum loco 8 M. trans. bez., Regulirungspreis 8 M. Heutiger Landmarkt: Weizen 210-225 M., Roggen 190-204 M., Gerste 160-168 M., Hafer 160-170 M., Erbsen 168-180 M., Kartoffeln 75-84 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 33-36 M. (Stree-31.)

Berlin, 12. Juni. Der gestrige Verkehr hatte fest geschlossen; aber diese Festigkeit fand an den auswärtigen Börsen nur einen mäßigen Widerhall; die Meldungen von außerhalb boten daher der Eröffnung des heutigen Geschäfts nur eine geringe Stütze, und die Stimmung erschien bei zwar recht fester Haltung eher lustlos. Kreditaktien und Diskonto-Kommandit-Antheile waren Anfangs schwach und fanden nur mäßige Beachtung. Ebenso traten Franzosen und Lombarden in den Vordergrund, Laurahütte und Dortmunder Union ermateten; das Geschäft blieb auf diesen Gebieten beschränkt. Dagegen zogen bald nach 12 Uhr Galizier die Aufmerksamkeit der Spekulation in hohem Grade auf sich; der Umstand, daß der Superdividendschein

erst Ende dieses Monats abgeht, und die Erwartung, daß der Coupon-abschlag rasch wieder eingeholt wird, locken Käufer an. Daneben macht man auch die günstigen Ernteausichten Oesterreich-Ungarns für eine Haupte der Getreidebahnen geltend; daher fanden auch schlechte Devisen gute Beachtung. Ebenso interessirte sich die Spekulation für Bergische, deren Mai-Einnahme bedeutend sein soll; Mainz, welche gestern am Schluß herausgesetzt wurden, bedangen heute gleichfalls eine Kleinigkeit mehr. Auch Elbethal und andere österreichische Eisenbahn-Werthe hoben sich. Am festesten lag der Rentenmarkt; ungarische und österreichische Goldrente (letztere soll das neueste Konsortium verkauft haben) zogen unter guten Umsätzen an; russische Anleihen be-

festigten sich. Auch die meisten ausländischen Pfandbriefe und Eisenbahnobligationen wurden besser bezahlt. Gegen das gehandelte Aktien lagen sehr fest, aber meistens still. Der Verkehr belebte sich im weiteren Verlaufe der heutigen Börse immer mehr, und vor allem wurden Galizier äußerst lebhaft umgesetzt. Auch befestigte sich die Haltung bei sehr geringen Schwankungen fortgesetzt, so daß die günstige Stimmung faum auf einem Gebiete eine Abmächung erfuhr. - Per Ultimo notirte man: Franzosen 486-5,50-9, Lombarden 147, Kredit-Aktien 482,50-4,50-484, Diskonto-Kommandit-Antheile 172,75 bis 4,00. -

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Juni 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian financial instruments including Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Stadt-Obl., Pfandbriefe, Rentenbriefe, etc. with columns for instrument name, quantity, and price.

Ausländische Fonds.

Table of foreign financial instruments including Amerik. rdt., Norweger Anleihe, Dester. Goldrente, etc. with columns for instrument name, quantity, and price.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Badiische Bank, Vf. Rheinl. u. Westf., Berl. Handels-Ges., etc. with columns for stock name, quantity, and price.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway common stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc. with columns for stock name, quantity, and price.

Rechte Oberuf. Bahn

Table of railway rights and bonds including Aachen-Düsseldorf, Berlin-Anhalt, etc. with columns for instrument name, quantity, and price.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priority bonds including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwigl., etc. with columns for instrument name, quantity, and price.